Freitag, 2. Oktober 1970 BRAUNSCHWEIGER PRESSE

Türkische Studenten seit gestern im Hungerstreik

BRAUNSCHWEIG. Türkische Studenten in Berlin sind seit über einer Woche im Hungerstreik, um gegen Repressalien ihrer Regierung gegenüber im Ausland immatrikulierten Studenten zu protestieren. Seit gestern befinden sich auch 7 der 60 in Braunschweig studierenden Türken in einem symbolisch gedachten Solidarisierungsstreik: In einem Raum des TU-Neubaues an der Katharinenstraße arbeiten sie zusammen mit Kommilitonen Informationsmaterial durch und nehmen bis heute abend keine Mahlzeit zu sich. Iranische, arabische und griechische Studentenvereinigungen, außerdem der AStA der TU und PH haben eine Sympathieerklärung unterzeichnet.

Konkreter Anlaß für den Berliner und Braunschweiger Streik ist der Fall des Studenten Hakki Keskin, dem die türkische Staatsangehörigkeit aberkannt wurde. Keskin hatte in einer Protestdemonstration in Berlin Zustände in seinem Heimatland kritisiert. Seine Aktivität hatte nach einer Reihe von Maßnahmen zu diesem Schritt geführt.

Über diesen Einzelfall hinaus, der auch ein Schreiben des Präsidenten der Freien Universität an den Staatspräsidenten der Türkei nach sich zog, wollen die türkischen Studenten aber auch auf andere Druckmittel gegen politisch engagierte Studenten aufmerksam machen: Sperrung von Devisen, Nichtverlängerung der Pässe und willkürliche Einberufung zum Wehrdienst, wenn den Anordnungen des „Studentenaufsehers", wie die wörtliche Übersetzung aus dem Türkischen lautet, nicht Folge geleistet wird.

Ein Sprecher der türkischen Studentenvereinigung: „Diese Maßnahmen sind verfassungswidrig." Als rechtliche Grundlage werde eine „Verordnung für türkische Studenten im Ausland" herangezogen, die die Menderes-Regierung 1958 erlassen hatte.

Die türkischen Studenten in Braunschweig befürchten mehr Fälle wie den des Studenten Keskin. Sie fordern: „Fremdenpaß auch für politisch verfolgte türkische Staatsbürger, Aufhebung des Beschlusses der türkischen Regierung, mit dem Hakki Keskin ausgebürgert wurde und Protest durch die Bundesregierung gegen diesen Beschluß."

Ein Sprecher der Studenten: „Wir können uns nicht bewaffnen oder täglich Scheiben der Botschaft zertrümmern." Als einziges Mittel, eine Änderung herbeizuführen, betrachten die Studenten heute und zukünftig Informierung gerade auch der deutschen Öffentlichkeit.

IN EINEN SOLIDARISIERUNGSSTREIK mit ihren Berliner Kommilitonen sind gestern türkische Studenten der TU getreten. Foto: Stoletzki